

Glyphosat-Ausstieg jetzt!

Naturland fordert klares Votum von Bundesminister Schmidt im Europäischen Rat

Gräfelfing – Nach dem klaren Votum des Europäischen Parlaments für einen endgültigen Glyphosat-Ausstieg muss jetzt auch das Bundeslandwirtschaftsministerium seinen Widerstand gegen ein Verbot des Ackergifts aufgeben. „Die Zeit ist reif, das Totalherbizid endlich komplett aus dem Verkehr zu ziehen. Das muss nun auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt einsehen“, sagte Naturland Präsident Hubert Heigl am Dienstag in Gräfelfing. Heigl fordert den Bundesminister auf, bei der Abstimmung am Mittwoch im Europäischen Rat für den Ausstieg zu votieren.

„Christian Schmidt muss jetzt endlich Farbe bekennen. Die Bundesregierung darf den Ausstieg nicht noch einmal durch ihre Enthaltung blockieren, sondern muss sich an die Seite von Frankreich, Italien und der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten stellen, die alle für einen Ausstieg sind“, forderte der Naturland Präsident. Die jüngsten Enthüllungen im Zusammenhang mit den sogenannten Monsanto-Papers zeigten klar und deutlich, wie die Gefahren des Ackergifts vom Hersteller über Jahrzehnte hinweg systematisch ignoriert und kleingeredet wurden – und das mithilfe zum Teil unlauterer Praktiken.

„Es wird Zeit, dass Europa die kritischen Einwände und Enthüllungen endlich ernst nimmt und Glyphosat verbietet“, unterstrich Heigl: „Dass erfolgreicher Ackerbau auch ohne Ackergifte möglich ist, beweist der Öko-Landbau seit Jahrzehnten. Für ein effektives Unkrautmanagement braucht es stattdessen Vielfalt in der Fruchtfolge, eine intelligente Verteilung der Kulturen und den Einsatz modernster Technik in der mechanischen Bodenbearbeitung“, sagte der Naturland Präsident.

Zivilgesellschaft und Wissenschaft fordern Ausstieg

Der Streit über eine erneute Zulassung von Glyphosat schwelt seit rund zwei Jahren; die bisherige Genehmigung läuft Ende 2017 aus. Kritische Wissenschaftler fordern schon lange ein Verbot des Wirkstoffs, den die internationale Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsbehörde WHO (IARC) als „wahrscheinlich krebserregend für den Menschen“ eingestuft hat. Auch über 1,3 Millionen EU-Bürger haben in einer Europäischen Bürgerinitiative ein Verbot von Glyphosat gefordert. Dennoch war das Verbot im vergangenen Jahr mehrfach im Europäischen Rat gescheitert, unter anderem wegen der unklaren Haltung Deutschlands.

Am Dienstag nun hat auch das Europäische Parlament mit großer Mehrheit verlangt, die Zulassung für Glyphosat innerhalb der nächsten fünf Jahre auslaufen zu lassen. Die Parlamentarier stellten zudem eine Übergangsregelung in Aussicht, um konventionellen Landwirten die Umstellung auf nachhaltigere Alternativen zu erleichtern.